

Abstimmung vom 8. März 2026

FDP
Die Liberalen
Kanton Solothurn

Du hast die Wahl.

Ja zu den 2 Änderungen des Sozialgesetzes.

Zwei einzelne Massnahmen aus dem Sparpaket des Regierungsrates kommen am 8. März 2026 vors Volk: Konkret soll die Finanzierung der erlassenen AHV-Mindestbeiträge sowie auch der Verwaltungskosten der Alimentenhilfe vom Kanton an die Gemeinden übertragen werden. Die FDP unterstützt beide Vorlagen, weil sie Teil der so wichtigen Sparbemühungen sind.

Um was geht's

Erstens: Werden einer Person, welche Sozialhilfe bezieht, die AHV-Mindestbeiträge erlassen, werden sie aktuell aus der Kasse des Kantons bezahlt. Das macht pro Jahr Kosten in der Höhe von 1,9 Millionen Franken aus. Die Sozialhilfe ist seit jeher ein kommunales Leistungsfeld und hat nichts mit dem Kanton zu tun.

Zweitens: Werden Unterhaltsbeiträge für Kinder oder Ehepartner nicht bezahlt, kommt die Alimentenhilfe zum Einsatz. Sie bevorschusst ausgebliebene Beiträge oder unterstützt dabei, die Gelder einzutreiben. Die Gemeinden sind für die Alimentenhilfe zuständig, die Verwaltungskosten des Kantons hingegen bezahlen sie aktuell nicht. Mit beiden Vorlagen soll korrigiert werden, dass der Kanton auf Kosten, die eigentlich den Gemeinden zuzuschreiben sind, sitzen bleibt. Die Bezahlung der erlassenen AHV-Mindestbeiträge und die Verwaltungskosten im Rahmen der Alimentenhilfe soll künftig korrekterweise an die Gemeinden übertragen werden.

Warum sind wir für die Änderungen?

- **Faire Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung**
Wir Freisinnigen fordern schon lange, dass die Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden konsequent erfolgen soll. Die beiden

vorgesehenen Änderungen des Sozialgesetzes verschieben die Kosten richtigerweise zu den Gemeinden. Das ist korrekt.

- **Beiträge für die Gemeinden verkraftbar**
Mit beiden Vorlagen zusammen verschieben sich Kosten in der Höhe von 2,9 Millionen Franken vom Kanton zu den Gemeinden. Die Gemeinden sollen diese nach Einwohnerzahl berappen, das macht knapp 10 Franken pro Kopf. Diese Beiträge sind für die Gemeinden trotz schwieriger Zeiten verkraftbar.
- **Ja zum Massnahmenpaket**
Die FDP steht klar zum Massnahmenpaket der Regierung. Es ist wichtig, dass die Kantonsfinanzen langfristig stabilisiert werden. Das Paket soll nicht weiter aufgeschürt und verwässert werden, sonst steht die Handlungsfähigkeit des Kantons auf dem Spiel.

**Haben Sie eine Frage zu den Änderungen
des Sozialgesetzes?**
Melden Sie sich direkt bei uns: info@fdp-so.ch